

- Es gilt das gesprochene Wort -

**Gedenkveranstaltung Kriegsende/Befreiung 1945, 8. Mai 2022
Begrüßung/Einleitung Landtagspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke**

Teilnehmende u.a.:

- Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke
- Botschafter S.E. Andrij Dr. Melnyk
- Prof. Dr. Kerstin Susanne Jobst
- Mitglieder Landtag und Landesregierung
- Vertreter von Landesbehörden, Landeshauptstadt Potsdam, Städte- und Gemeindebund, Bundeswehr-Landeskommando u.a.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dietmar Woidke,
sehr geehrte Abgeordnete,
sehr geehrte Damen und Herren!

Herzlich begrüßen möchte ich den Botschafter der Ukraine, Seine Exzellenz Herr Andrijs Melnyk. Sie haben uns schon häufiger hier im Landtag beehrt, wir sprachen über Schüler- und Kulturaustausch. Ich bin froh, dass Sie heute hier sprechen möchten, nach Ihrer französischen Amtskollegin im vergangenen Jahr. Denn unser Dialog, das Gespräch zwischen Ukrainern und Deutschen, ist gerade jetzt – während eines eskalierenden Angriffskrieges auf Ihr Land – ganz wichtig, selbst dann, wenn wir möglicherweise nicht bei allen Themen einer Meinung sein sollten.

Gern begrüße ich Frau Professorin Kerstin Susanne Jobst, die als Historikerin an der Universität Wien zu „Gesellschaften und Kulturen der Erinnerung im östlichen Europa“ forscht; wir dürfen gespannt sein auf ihre Einordnung mit dem „Blick von außen.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

am 8. Mai gedenken wir aller Opfer des 2. Weltkrieges mit einem Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus. Endlich endete das Völkermorden, Städte lagen in Trümmern, Väter und Söhne fehlten in den Familien – und das nicht nur in Deutschland. Noch in den letzten Tagen dieses schrecklichen Krieges starben auf Brandenburger Boden Soldaten der Roten Armee, viele aus der Ukraine, aus Russland, aus Belarusland. Zahlreiche Kriegsgräberstätten erinnern daran.

Wir sind **auch noch nach 77 Jahren** und weit darüber hinaus zu tiefem Dank verpflichtet. Gerade deshalb schmerzt uns Deutsche und Europäer der russische Angriffskrieg auf die Ukraine so sehr: Weil Russen, deren Urgroßväter zu den Befreiern gehörten, in brutaler Weise ein Volk überfallen haben, **das selbst zu unseren Befreiern** vom Nationalsozialismus zählte.

Ein militärischer Angriff ist niemals gerechtfertigt, für den Bruch des Völkerrechts gibt es keine Rechtfertigung. Die russische Führung ignoriert ihr eigenes Grundgesetz, sie ignoriert die europäische Friedensordnung und versucht, sie zu sprengen. Sie belügt die eigene Bevölkerung und bürdet ihr schwere Lasten auf, erbarmungslos, womöglich für sehr lange Zeit. Sie bedroht und zerstört das Leben der Ukrainerinnen und Ukrainer, ebenso wie das der russischen Soldaten – auch sie meist junge Menschen, oft fehlinformiert.

Hier fehlt Aufklärung – sie gehört zu Demokratien, nicht zu Diktaturen. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, wie wichtig ist doch dieser erste Satz unseres demokratischen Grundgesetzes.

Unsere **Werte** sind erschüttert worden:

- Du sollst nicht töten,
- Frieden schaffen ohne Waffen,
- für Schwerter zu Pflugscharen war ich in Leipzig auf der Straße.

Die Verheißung des Völkerfriedens.

Nie wieder Krieg, das haben wir gelernt, gelebt und geglaubt.

Normalzustand Frieden, als ob es keine Kriege auf der Welt gegeben hätte.

In einer Zeit, in der die Welt gerade viele Probleme gemeinsam zu lösen hätte, fallen wir zurück in Verhaltensmuster aus der Gewalt-Geschichte. Männer kämpfen, Frauen fliehen, Waffen werden geliefert, neue Gräber ausgehoben, Sterben für die Nation, die Nachrichtensprache rüstet auf. Wir sollten endlich aufhören, im Zusammenhang mit dem Krieg von Ruhm, Ehre und Heldenmut zu reden. Das hat mit der brutalen, schmutzigen Wirklichkeit nichts zu tun.

Klar ist zugleich: Pazifismus muss man sich leisten können.

Wer im Frieden lebt, braucht keinen großen Mut, um Pazifist zu sein.

Der russische Angriff vom 24. Februar richtet sich nicht nur gegen die Ukraine, sondern gegen die Werte des Völkerrechts, des modernen Europa, der internationalen Gemeinschaft, der Zivilgesellschaft insgesamt – letztlich gegen die Werte der Demokratie. Wir können die Ukraine und diese Werte nur gemeinsam verteidigen und schützen, mit Besonnenheit, Vernunft und Geschlossenheit.

Der Bundeskanzler hat es formuliert: „Die Friedensordnung in Europa baut darauf auf, dass Grenzen nicht verändert werden und staatliche Souveränität zu achten ist.“ Olaf Scholz neigt nicht zu verbalen oder politischen Eskapaden, und das finden viele Brandenburgerinnen und Brandenburger gerade gut.

Bei aller Empörung und Betroffenheit, bei allem Willen zum sofortigen Handeln brauchen wir einen klaren Kopf und müssen uns auf das Wichtige, das Zielführende, das wirklich Hilfreiche konzentrieren.

Was ist zu tun –

einfache Antworten gibt es nicht, Schwarz-Weiß-Denken lässt die Vielfalt an Möglichkeiten außer Acht. Und bitte – der Dialog kann nicht auf Twitter stattfinden.

Vorrang hat die Unterstützung der Menschen in der Ukraine, ihr Schutz, humanitäre Hilfe, der Wiederaufbau zerstörter Städte und die sichere Zukunft der Ukraine in europäischen Strukturen. Nicht zuletzt gilt es, die Friedensordnung in Europa auf feste Füße zu stellen. Dazu müssen wir auch, so kompliziert das sein wird, einen Umgang mit Russland finden. Es hilft nicht, vor dieser Aufgabe die Augen zu verschließen.

Wir brauchen Ausstiegsszenarien, über die militärische Verteidigung hinaus. Kriege werden nicht gewonnen, sie müssen beendet werden. „**Friede muss fortwährend gestiftet werden**“, sagt der Philosoph Kant. Ich denke, wir waren nachlässig im Umgang mit dem hohen Gut des Friedens, zu unentschlossen, wer zu Europa gehört und zu uninteressiert an den Problemen osteuropäischer Länder.

Dennoch: Europäische Integration, KSZE, OSZE, Europarat, Abrüstungsvereinbarungen, multilaterale Verträge, Vereinte Nationen – das alles ist nicht auf einmal hingefallen oder wertlos. Im Gegenteil: Gerade wegen des Geschehens in der Ukraine bleibt eine Politik für den Frieden in und für Europa lebensnotwendig – auch in Zukunft. 77 Jahre weitgehend friedlicher Entwicklung in Europa sind nicht von selbst gekommen. Sie waren das Ergebnis vielfältiger Anstrengungen, und die deutschen Regierungen hatten daran maßgeblichen

Anteil. Ich wünsche mir, dass die Menschen auch **in Russland** auf die Straße gehen, die Studenten und alle, die diesen Krieg nicht wollen, die auch ein jahrzehntelanges Wettrüsten nicht wollen. Es müssen viele sein, so dass Verhaftungen nicht mehr möglich sind. Wir im Osten wissen, dass Demokratie **errungen** werden kann.

Nur durch Demokratie wird langfristige Stabilität zu erreichen sein – auch in Russland und denjenigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die demokratische Strukturen bisher nicht kennengelernt haben.

Olena Selenska sagte kürzlich: **"Das Wichtigste ist, sich nicht an den Krieg zu gewöhnen"**. Wir werden es nicht tun, versprochen.